

4. August 2021

Nr.115/2021

Eine Presseinformation der
CDU-Fraktion im
Landtag Rheinland-Pfalz

Hochwasserkatastrophe / Offener Brief Bürgermeister mittlere Ahr

Christian Baldauf: Ahrtal braucht Aufturbo – Landesregierung muss Sonderbeauftragten benennen

V.i.s.d.P.:
Leiter Pressestelle
Olaf Quandt,

CDU-Fraktion im Landtag
Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

Tel. 0 61 31 - 208 33 15
Fax 0 61 31 - 208 43 15

olaf.quandt@cdu.landtag.rlp.de

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Christian Baldauf, hat angesichts der gewaltigen Zerstörungen im Ahrtal großes Verständnis für den in Form eines offenen Briefes von Bürgermeistern der Gemeinden der mittleren Ahr formulierten Hilferuf geäußert:

„Insbesondere an der Ahr brauchen wir einen **erkennbaren Aufturbo**, der den Menschen eine Perspektive gibt und sie in einem überschaubaren Zeitraum zu einem normalen Leben zurückführt. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie dazu auf Regierungsebene einen **Sonderbeauftragten für den Wiederaufbau mit einem Expertenstab** ernennt, der die Dinge vor Ort in die Hand nimmt, koordiniert und zugleich eine Brücke zum Bund darstellt.

Zugleich brauchen wir in jeder betroffenen Gemeinde eine Verbindungsperson des Landes als Ansprechpartner der Verwaltungen und Betroffenen und als Konnex zum Expertenstab. Bislang hängen viele Gemeinden in der Luft. Offensichtlich ist die ADD mit dem Management vor Ort vollkommen überfordert.

Die Berichte über große Koordinationsprobleme vor Ort häufen sich. Dabei geht es nicht nur um die Phase unmittelbar nach der Katastrophe. Offensichtlich ist es immer noch nicht gelungen, Strukturen zu etablieren, die einen abgestimmten Einsatz gerade auch der vielen freiwilligen Helfer gewährleisten, die Versorgung sichern und die Räumarbeiten koordinieren.

Ganz entscheidend ist jetzt, dass die Betroffenen sehen, dass sie sich auf die Zusagen des Staates verlassen können. Deshalb darf die oft beschworene deutsche Gründlichkeit nicht in zeitraubende und übertriebene Prüf- und Verwaltungsverfahren münden. Sie muss vielmehr im Sinne einer schnellen, effektiven und unbürokratischen Hilfe für die Menschen verstanden werden. Das bedeutet auch, dass nicht aus Angst vor Missbrauch gezauert werden darf. Eine Katastrophe dieses Ausmaßes erfordert neues Denken und unkonventionelles Handeln.“